

Olaf Lies
Niedersächsischer Ministerpräsident

**Regierungserklärung vor dem Niedersächsischen Landtag
am 27. Mai 2026
„Niedersachsen sicher und gerecht in die Zukunft steuern“**

(Es gilt das gesprochene Wort!)

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Gäste hier im Landtag,

leben Sie gerne in Deutschland? Leben Sie gerne in Niedersachsen?

Ich hoffe, Sie beantworten diese Frage – so wie ich – mit Ja.

Und ich weiß zugleich: Dieses Ja fällt vielen Menschen im Moment nicht leicht. Nicht, weil sie dieses Land nicht schätzen. Nicht, weil sie Niedersachsen nicht mögen. Sondern weil die Zeit, in der wir leben, viele verunsichert.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine. Der Krieg und die Gewalt im Nahen Osten. Die Folgen des Klimawandels. Unsichere Handelsbeziehungen. Hohe Preise. Die Frage, ob der Arbeitsplatz sicher bleibt. Die Frage, ob Wohnen bezahlbar bleibt. Die Frage, ob der Staat schnell genug handelt, wenn es darauf ankommt.

All das prägt die Stimmung. All das spüren die Menschen. In den Familien. In den Betrieben. In den Kommunen. Auf dem Land und in der Stadt.

Ich will diese Sorgen nicht kleinreden. Das wäre falsch. Politik gewinnt Vertrauen nicht durch Beschwichtigung. Politik gewinnt Vertrauen, wenn sie die Lage klar beschreibt und dann handelt.

Aber eines sage ich ebenso deutlich: Niedersachsen ist kein Land, das sich von Krisen treiben lässt. Niedersachsen ist ein Land, das anpackt.

Ich erlebe bei meinen Gesprächen im ganzen Land Menschen, die Verantwortung übernehmen. Menschen, die ihre Betriebe durch schwierige Zeiten führen. Beschäftigte, die jeden Tag gute Arbeit leisten. Erzieherinnen und Erzieher und Lehrerinnen und Lehrer, Polizeibeamtinnen und -beamte, Pflegekräfte, Feuerwehrleute, Ehrenamtliche, Unternehmerinnen und Unternehmer, Landwirtinnen und Landwirte, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, junge Menschen mit Ideen und ältere Menschen mit Erfahrung.

Sie alle machen Niedersachsen stark. Sie alle stehen für ein Land mit Gemeinsinn, mit Tatkraft und mit der oft nötigen norddeutschen Gelassenheit. Sie alle sorgen gemeinsam für ein starkes Niedersachsen.

Deshalb ist mein Blick auf Niedersachsen zuversichtlich. Nicht naiv. Nicht sorglos. Aber zuversichtlich.

Denn unser Land hat ein solides Fundament. Unsere Wirtschaft wächst trotz schwieriger Rahmenbedingungen. Das Bruttoinlandsprodukt ist 2025 preisbereinigt um 0,7 Prozent gestiegen. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wächst. Für 2026 wird Niedersachsen ein weiteres Plus prognostiziert. Beim preisbereinigten Durchschnittseinkommen liegt unser Land im Ländervergleich weit vorn. Auch bei der Lebenszufriedenheit liegen wir deutlich über dem Bundesdurchschnitt.

Das heißt nicht, dass alles gut ist. Aber es heißt: Niedersachsen steht stabil. Und aus dieser Stabilität heraus können wir handeln. Und das sollten wir uns gerade in schwierigen Zeiten auch einmal bewusst machen.

Die entscheidende Frage lautet deshalb: Wie geben wir den Menschen in einer unsicheren Zeit Orientierung, Zuversicht und Vertrauen?

Meine Antwort ist klar: Wir steuern Niedersachsen sicher und gerecht in die Zukunft.

Und Sicherheit meine ich umfassend. Sicherheit ist mehr als Polizei. Sicherheit ist mehr als Gefahrenabwehr. Sicherheit ist das Vertrauen, dass der Staat funktioniert. Dass der Arbeitsplatz eine Perspektive hat. Dass die Schule verlässlich ist. Dass die Kita trägt. Dass das Krankenhaus erreichbar bleibt. Dass Wohnen bezahlbar ist. Dass Energie verfügbar und bezahlbar bleibt. Dass wir mit konsequentem Klimaschutz unsere Lebensgrundlagen sichern. Dass unsere Infrastruktur hält. Dass unsere Demokratie stark bleibt. Und dass wir als Gesellschaft auch dann handlungsfähig bleiben, wenn die Welt rauer wird.

Sicherheit und Gerechtigkeit gehören zusammen – als zwei Seiten derselben Medaille. Wer auf einen handlungsfähigen Staat vertrauen kann, wer gute Arbeit hat, wer bezahlbar wohnen kann, wer seine Kinder gut betreut weiß, wer im Krankheitsfall versorgt wird und wer im Alter nicht allein gelassen wird, der erlebt Staat als gerecht. Und umgekehrt gilt: Echte Sicherheit kann es nur dort geben, wo es gerecht zugeht.

Das ist der Kurs dieser Landesregierung.

Und dieser Kurs folgt einem klaren Maßstab: Sicherheit und Gerechtigkeit gehören zusammen – und sie sind die Grundlage unseres Handelns.

Meine Damen und Herren,

in Zeiten wie diesen entscheidet sich politische Glaubwürdigkeit im Alltag.

Nicht in Überschriften. Nicht in abstrakten Debatten. Sondern an einfachen Fragen: Reicht das Einkommen bis zum Ende des Monats? Bleiben Energie, Wohnen und Mobilität bezahlbar? Wird Leistung anerkannt? Haben Familien Verlässlichkeit? Haben Seniorinnen und Senioren Sicherheit? Können Betriebe investieren? Können Kommunen ihre Aufgaben erfüllen?

Die Menschen sind bereit, Veränderungen mitzutragen. Sie wissen, dass sich unser Land verändern muss – allein schon auf Grund des demographischen Wandels und den damit einhergehenden Herausforderungen. Aber sie erwarten zu Recht, dass es dabei gerecht zugeht – dass Lasten fair verteilt werden und niemand allein gelassen wird. Das ist die Messlatte.

Das gilt besonders für unseren Sozialstaat.

Ja, wir brauchen Reformen. In der Rente. In der Krankenversicherung. In der Pflege. Niemand sollte so tun, als könnten wir alles lassen, wie es ist. Aber diese Reformen werden nur gelingen, wenn die Menschen sie als ausgewogen empfinden. Sie dürfen nicht als bloßer Abbau verstanden werden. Sie müssen den Sozialstaat moderner, verlässlicher und stärker machen. Und hier gilt umso mehr: Wir

müssen auf diesem Wege alle mitnehmen im Sinne einer neuen konzertierten Aktion. Damit meine ich die Gewerkschaften, die Wirtschaft, Sozialverbände genauso wie die Länder und die Kommunen.

Wir brauchen ein gemeinsames Verständnis und auch das Vertrauen, auf Augenhöhe über Lösungen sprechen zu können. Und ich meine auch alle Parteien des demokratischen Spektrums - nicht zuletzt mit Blick auf die notwendigen Mehrheiten im Bundesrat. Dieses Reformpaket wird eine Herausforderung und es wird zu tiefen Veränderungen führen. Das kann nur gelingen, wenn wir die Diskussionen am Tisch und nicht auf der Straße führen. Ich begrüße, dass die Bundesregierung diesen Weg gehen will. Aber Dialog ist mehr als ein einmaliges Gespräch.

Meine Damen und Herren,

Aktuell werden die Vorschläge als Kürzungen und nicht als Reformen wahrgenommen. Gerade im sozialen Bereich müssen wir aufpassen, dass sich Menschen, die auf unsere Unterstützung angewiesen sind, diese auch bekommen. Ein starker Sozialstaat ist keine Belastung für wirtschaftliche Entwicklung. Er ist die Voraussetzung dafür, dass Menschen unser Land als gerecht erleben. Er ist eine Voraussetzung für Stabilität. Er unterstützt diejenigen, die aufgrund eines Handicaps Unterstützung brauchen. Er gibt Menschen Sicherheit in Umbrüchen. Er hält Fachkräfte im Arbeitsleben. Er schützt vor Absturz. Er stabilisiert Demokratie.

Genau deshalb darf es keine einseitige Belastung derjenigen geben, die ohnehin unter steigenden Preisen leiden. Wer mehr tragen kann, muss mehr Verantwortung übernehmen. Und wo gesamtgesellschaftliche Aufgaben finanziert werden, müssen sie auch gesamtgesellschaftlich getragen werden. Das ist keine Umverteilung – das ist Gerechtigkeit.

Das gilt etwa im Gesundheitswesen. Die Versicherten dürfen nicht immer weiter belastet werden, wenn Leistungen gesamtgesellschaftliche Aufgaben sind. Und deshalb sind die Leistungen auch für die Bürgergeldempfänger gesamtgesellschaftlich zu finanzieren. Wir brauchen eine Finanzierung, die die Sozialbeiträge und damit auch die Lohnnebenkosten im Blick behält. Das ist soziale Verantwortung und wirtschaftliche Vernunft zugleich.

Und dasselbe gilt für die Alterssicherung. Wer jahrzehntelang gearbeitet hat, muss sich darauf verlassen können, dass dieses Versprechen im Alter gilt. Das ist keine technische Frage. Das ist eine Frage von Respekt.

Niedersachsen wird sich in diese Debatten konstruktiv einbringen. Staatstragend, lösungsorientiert und mit dem klaren Anspruch: Reformen müssen Sicherheit geben, nicht neue Unsicherheit schaffen.

Zusammenhalt als Fundament

Meine Damen und Herren,

Sicherheit entsteht nicht allein durch Gesetze und Programme. Sicherheit entsteht auch dort, wo Menschen füreinander einstehen.

In Vereinen. In Feuerwehren. Im Sport. In der Nachbarschaft. In Kirchen, Verbänden und Initiativen. In den Städten, Dörfern und Gemeinden.

Niedersachsen hat eine starke demokratische Mitte. Diese Mitte ist manchmal leiser als die Ränder. Aber sie trägt dieses Land. Sie organisiert das Vereinsleben. Sie hält Dorfgemeinschaften zusammen. Sie engagiert sich in Stadträten und Gemeinderäten. Sie trainiert Kinder im Sportverein. Sie steht nachts bei der Feuerwehr auf. Sie begleitet ältere Menschen. Sie hilft, wenn Hilfe gebraucht wird.

Diese Mitte unserer Gesellschaft verdient mehr Aufmerksamkeit. Und sie verdient konkrete Unterstützung.

Deshalb stärken wir Ehrenamt und Engagement. Wir haben das Bündnis von „**Niedersachsen pakt an**“ weiterentwickelt. Wir haben eine **Ehrenamtsstrategie** auf den Weg gebracht. Wir fördern kleine Projekte vor Ort mit der sehr erfolgreichen **Mikroförderung**. Wir stärken die **Landeszentrale für politische Bildung**. Und wir arbeiten an einem **Gesetz zur Stärkung von Demokratie und bürgerschaftlichem Engagement**.

Das ist keine Nebensache. Demokratie lebt nicht davon, dass Menschen alle paar Jahre wählen gehen und sich ansonsten zurückziehen. Demokratie lebt davon, dass Menschen sich einbringen. Dass sie streiten, ohne einander zu verachten. Dass sie Verantwortung übernehmen. Dass sie erleben: Ich kann etwas bewegen.

Investitionen, die im Alltag ankommen

Meine Damen und Herren,

Dafür braucht es auch funktionierende Infrastruktur.

Viele Menschen verbinden Infrastruktur mit Straßen, Brücken, Schienen, Häfen oder Gebäuden. Das stimmt. Aber Infrastruktur ist mehr. Infrastruktur ist Alltag. Der Weg zur Arbeit. Der Bus zur Schule. Die Brücke, auf die sich ein Betrieb verlassen muss. Der Hafen, der unsere Wirtschaft mit der Welt verbindet. Die Wohnung, die eine Familie bezahlen kann. Das Krankenhaus, das erreichbar bleibt. Die Kita, die verlässlich öffnet.

Deshalb ist unser Programm „**Niedersachsen kann Zukunft**“ ein zentraler Baustein dieser Landesregierung.

Mit rund 14,5 Milliarden Euro investieren wir in die Zukunft unseres Landes. In Infrastruktur. In Bildung. In Gesundheit. In Wohnungsbau. In Klima. In Digitalisierung. Und vor allem in unsere Kommunen.

Denn dort entscheidet sich, ob Politik wirkt. Nicht in der Überschrift eines Programms, sondern vor Ort. In der Gemeinde, in der Stadt, im Landkreis. Uns allen ist sehr bewusst, dass die Kommunen gerade finanziell ganz erheblich unter Druck stehen. Die kommunale Familie demonstriert hier heute vor dem Landtag. Wir erkennen an, dass die Kommunen in einer schwierigen Lage sind und wir arbeiten gemeinsam mit dem Bund daran, hier zu Lösungen zu kommen.

Deshalb sorgen wir dafür, dass ein erheblicher Teil dieser Mittel bei den Kommunen ankommt – unbürokratisch und direkt. 60 Prozent der Mittel aus dem Bundes-Sondervermögen für Infrastruktur gehen direkt an die lokale Ebene. Insgesamt fließen rund sieben Milliarden Euro aus „**Niedersachsen kann Zukunft**“ dorthin, wo sie dringend gebraucht werden.

Das ist ein klares Signal: Wir lassen unsere Kommunen nicht allein. Wir geben ihnen Handlungsspielraum. Denn vor Ort wissen die Verantwortlichen oft am besten, welche Brücke, welche Schule, welche Straße, welches Gebäude, welche Investition zuerst gebraucht wird.

Hinzu kommt als **weiterer Block von „Niedersachsen kann Zukunft“** unser Programm Infrastruktur mit zusätzlich 1,8 Milliarden Euro. Damit setzen wir Straßen und Brücken instand, stärken ÖPNV und Schienenverkehr, modernisieren Häfen und schaffen mehr bezahlbaren Wohnraum.

Er ist zugleich eine der zentralen Gerechtigkeitsfragen unserer Zeit. Wer keine bezahlbare Wohnung findet, verliert Vertrauen. Wer Angst vor der nächsten Mieterhöhung hat, erlebt Unsicherheit im eigenen Zuhause. Deshalb müssen wir schneller, einfacher und günstiger bauen.

Wir haben die **Landesbauordnung** novelliert. Wir senken Standards dort, wo sie Bauen unnötig verteuern. Wir nutzen die Landeswohnungsgesellschaft, die mit ersten Projekten operativ tätig ist. Und wir stellen 400 Millionen Euro für die **soziale Wohnraumförderung** bereit.

Das ist keine abstrakte Baupolitik. Das ist konkrete Sicherheit für Familien, für Auszubildende, für Beschäftigte, für ältere Menschen.

Und lassen Sie mich eins dazu sagen: Dazu gehört auch unser **Tariftreue- und Vergabegesetz**. Wenn der Staat Aufträge vergibt, dann geht es nicht nur um den niedrigsten Preis. Unser Grundsatz ist klar: Öffentliches Geld soll gute Arbeit fördern. Das ist konkrete Sicherheit für Beschäftigte, aber auch Gerechtigkeit für Unternehmen, die ordentlich arbeiten und nicht durch Lohndumping unter Druck geraten sollen.

Wir sehen: Es bewegt sich etwas in Niedersachsen. Baustellen sind manchmal unbequem. Aber sie zeigen auch: Dieses Land bleibt nicht stehen. Ob bei Straßen, Brücken, Schienen, Häfen, Krankenhäusern oder Hochschulen – wir investieren, weil Stillstand teurer wäre.

Wirtschaft sicher und zukunftsfähig transformieren

Meine Damen und Herren,

eine starke Wirtschaft ist Voraussetzung für die Finanzierung sozialer Sicherheit.

Eine starke Wirtschaft schafft Arbeit. Sie schafft Einkommen. Sie schafft Spielräume für Investitionen in Bildung, Gesundheit, Infrastruktur und Zusammenhalt.

Niedersachsen ist Industrieland. Niedersachsen ist Automobilland. Niedersachsen ist Energieland. Niedersachsen ist Agrar- und Ernährungsland. Niedersachsen ist Hafenland. Niedersachsen ist Mittelstandsland. Und Niedersachsen ist immer stärker auch Innovationsland.

Diese Breite ist eine Stärke. Und diese Stärke müssen wir sichern.

Unsere klassischen Branchen sichern heute Arbeitsplätze und Wohlstand. Die Automobilindustrie mit ihren Zulieferern. Die Stahl- und Chemieindustrie. Die Papier- und Glasindustrie. Die Gießereien. Die Bauwirtschaft. Die Landwirtschaft und die Ernährungswirtschaft. Viele dieser Branchen stehen unter erheblichem wirtschaftlichen und Transformationsdruck. Hohe Energiepreise, internationale Konkurrenz, neue Technologien, neue Anforderungen an Klimaschutz und Nachhaltigkeit – all das kommt gleichzeitig.

Deshalb braucht Transformation Verlässlichkeit, aber auch den notwendigen Realitätsblick. Sie darf nicht gegen Beschäftigte und Betriebe organisiert werden. Sie muss mit ihnen gelingen.

Für Niedersachsen heißt das: Wir stabilisieren unsere starken Branchen und treiben zugleich Innovationen voran.

Beim Automobilstandort setzen wir auf den **Zukunftspakt Mobilität 2035**. Wir brauchen eine Transformation zur klimafreundlichen Mobilität. Aber wir brauchen auch realistische Wege dorthin und zugleich klare Pfadentscheidungen für klimafreundliche Mobilität. Die Zukunft ist elektrisch, daran führt kein Weg vorbei. Im Mittelpunkt steht dabei die Sicherung der industriellen Wertschöpfung und der Beschäftigung. Wir setzen uns deshalb für einen Weg ein, der Produktion, Zulieferer und Arbeitsplätze in Niedersachsen hält und diese zukunftsfähig gestaltet.

Ja, Volkswagen geht durch schwierige Zeiten. Und gerade deswegen stehen wir als Landesregierung an der Seite der Beschäftigten und des Unternehmens. Wir kämpfen um die Standorte in

Niedersachsen und in Deutschland und spielen hier niemanden gegen den anderen aus - Dies tue ich in der Verantwortung als Ministerpräsident und gemeinsam mit meiner Kollegin Julia Willie Hamburg als Mitglieder des Aufsichtsrates. Und begleiten den Weg aktiv – wie auch zuletzt nach meinem Besuch mit Vertreterinnen und Vertretern der Wirtschaft und der Gewerkschaften in China. Dort produziert Volkswagen seit über 40 Jahren. Und wenn das dazu beitragen kann, die Beschäftigung in unseren europäischen Standorten zu sichern, dann unterstütze ich das. Dass Volkswagen für die Wirtschaftskraft in Niedersachsen zentral ist und bleiben wird, muss ich Ihnen hier nicht sagen.

Unsere niedersächsische Initiative Zukunftspakt Mobilität 2035 war wegweisend für die Beschlüsse in der Ministerpräsidentenkonferenz und Grundlage für die Positionierung der Bundesregierung gegenüber der EU. Deshalb hat sich heute schon bezahlt gemacht, dass wir mit unserer Europaministerin und unserer Bevollmächtigten beim Bund ganz starke Stimmen in Brüssel und Berlin haben. Und dieser Einfluss wird mit dem Co-Vorsitz der Ministerpräsidentenkonferenz weiter zunehmen.

Realistische Wege brauchen wir auch für unsere energieintensive Industrie. Deshalb kämpfen wir für **wettbewerbsfähige Energiepreise**. Der Industriestrompreis, die Strompreiskompensation und verlässliche Rahmenbedingungen sind für Niedersachsen zentrale Themen. Sie entscheiden über Wertschöpfung, Investitionen und Arbeitsplätze.

Mit **Stahl- und Chemiedialogen**, mit **Industrieallianzen** und mit dem Einsatz für **Wasserstoffinfrastruktur** machen wir deutlich: Niedersachsen will Industrieland bleiben. Aber ein Industrieland der Zukunft.

SALCOS ist dafür ein starkes Beispiel. Mit der ersten Ausbaustufe Richtung 2027 wird grüner Stahl in Niedersachsen greifbar. Das ist Klimaschutz, Industriepolitik und Arbeitsplatzsicherung in einem.

Auch **NetZero Nordwest Deutschland** zeigt - übrigens das erste solche Valley in Europa - wohin die Reise geht. Als Net-Zero Acceleration Valley schafft der Nordwesten bessere Bedingungen für industrielle Transformation, schnellere Genehmigungen, strategische Flächenentwicklung, neue Förderoptionen und sichere Arbeitsplätze.

VW zeigt mit der **PowerCo** in Salzgitter, dass sich auch Batteriezellenproduktion in Deutschland und Europa lohnt – technisch und wirtschaftlich. Das ist eine wichtige Grundlage, um auch zukünftige Wertschöpfung in der Automobilindustrie im Land zu halten.

Wir setzen auf Innovationen.

Die Zukunft entscheidet sich nicht nur daran, ob wir bestehende Branchen schützen. Sie entscheidet sich daran, ob wir die Technologien entwickeln, mit denen wir morgen wettbewerbsfähig bleiben.

Zusammen mit Niedersachsen.Next, Wirtschaft, Kammern und Gewerkschaften haben wir **Fokusthemen identifiziert**, die unser Land nach vorne bringen. Deshalb setzen wir konsequent auf Schlüsseltechnologien: Künstliche Intelligenz, Robotik, Digitalisierung von Industrieprozessen, Biotechnologie, Bioprozesstechnik, Photonik, Quantentechnologien, Dekarbonisierung und Kreislaufwirtschaft.

Wir fördern **Start-ups** und **Hightech-Inkubatoren**. Wir verzahnen Wissenschaft und Wirtschaft. Wir wollen aus guten Ideen schneller gute Produkte, gute Unternehmen und gute Arbeitsplätze machen.

Das ist der Kern moderner Wirtschaftspolitik: nicht nur retten, was heute unter Druck steht, sondern zugleich aufbauen, was morgen trägt.

Und auch unsere Landwirtschaft gehört die Zukunft. Die Agrar- und Ernährungswirtschaft ist nach der Automobilindustrie der zweitgrößte produzierende Wirtschaftszweig Niedersachsens. Rund 400.000

Erwerbstätige arbeiten in dieser Wertschöpfungskette. Sie prägt ländliche Räume, sichert Versorgung und schafft Wohlstand.

Diese Betriebe brauchen praxistaugliche Lösungen. Sie brauchen weniger unnötige Bürokratie. Sie brauchen Planungssicherheit. Wer heute in einen Stall, in Tierwohl, in Klimaanpassung oder in neue Technik investiert, muss darauf vertrauen können, dass diese Investition auch morgen Bestand hat.

Das ist Sicherheit. Und es ist Respekt vor der Arbeit, die unser Land ernährt.

Bildung als Sicherheits- und Zukunftsversprechen

Meine Damen und Herren,

Zukunft beginnt nicht erst im Betrieb. Zukunft beginnt in der Kita und im Klassenzimmer.

Bildung ist deshalb mehr als Bildungspolitik. Bildung gibt persönliche Sicherheit im besten Sinne. Sie gibt Kindern Chancen. Sie gibt Eltern Verlässlichkeit. Sie gibt Betrieben Fachkräfte. Sie gibt jungen Menschen Zutrauen in das eigene Leben. Sie ist das stärkste Instrument für mehr Gerechtigkeit in unserem Land.

Deshalb investieren wir massiv in Bildung.

Mit dem größten Digitalprojekt der Landesgeschichte starten wir ab dem Schuljahr 2026/27 Schülerinnen und Schüler ab Klasse 7 sowie Lehrkräfte schrittweise **mit kostenlosen digitalen Endgeräten** aus. Im ersten Schritt geht es um mehr als 160.000 Geräte. Bis 2031 investiert das Land rund 800 Millionen Euro.

Das ist mehr als Technik. Es geht um digitale Kompetenz. Um gleiche Chancen. Um modernen Unterricht. Und um die Fähigkeit, in einer Welt zurechtzukommen, in der digitale Technologien über Teilhabe, Arbeit und Demokratie mitentscheiden.

Gleichzeitig **stabilisieren wir die Unterrichtsversorgung**. Angesichts steigender Schülerzahlen, mehr Aufgaben und einem bundesweiten Fachkräftemangel ist es eine besondere Leistung, dass es uns durch Maßnahmen wie der **Einführung von A13/A10** für eine gerechtere Besoldung erfolgreich gelungen ist, jedes Jahr deutlich mehr Lehrkräfte einzustellen, als den Schuldienst verlassen. Das ist noch nicht der Endpunkt. Aber es ist ein Fortschritt. Und jeder Fortschritt zählt, wenn es um verlässliche Schule geht.

Der Bildungsweg beginnt aber bereits vor der Schule. **Deshalb entlasten wir die Kommunen bei der Kita-Finanzierung** ab 2026 mit zusätzlich 290 Millionen Euro jährlich. Bis 2031 sind das insgesamt rund 1,75 Milliarden Euro zusätzlich.

Wir setzen den **Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung** um. Wir modernisieren das **Schulgesetz**. Wir stärken berufliche Orientierung. Wir geben **Hochschulen mehr Gestaltungsspielraum** und bauen Bürokratie ab.

Wir **investieren in Wissenschaft und Hochschulinfrastruktur**. In die beiden Universitätskliniken in Göttingen und Hannover fließen zusätzlich über 1,5 Milliarden Euro, mit 500 Millionen Euro für Hochschulanierungen und weiteren Investitionen in Wissenschaft machen wir klar: Niedersachsen ist Wissenschaftsstandort auch für die Zukunft.

Exzellente Forschung – mit drei niedersächsischen Universitäten in der finalen Runde -, gute Lehre, starke Hochschulen und moderne Krankenversorgung gehören zusammen. Sie machen unser Land attraktiv für Fachkräfte. Sie schaffen Innovation. Sie verbessern Versorgung. Sie sichern Zukunft.

Sicherheit umfassend denken

Meine Damen und Herren,

wenn wir über Sicherheit sprechen, müssen wir ehrlich sein: Die Welt hat sich verändert.

Viele Jahre konnten wir in Deutschland davon ausgehen, dass Krieg, hybride Angriffe und Fragen der Verteidigungsfähigkeit weit weg sind. Diese Zeit ist vorbei.

Sicherheit bedeutet heute mehr: Schutz vor Kriminalität. Schutz vor Extremismus. Schutz vor Cyberangriffen. Schutz vor Katastrophen. Schutz vor Hochwasser, Hitze und Dürre. Schutz unserer zentralen Lebensgrundlage, des sauberen Wassers. Schutz kritischer Infrastruktur. Zivile Verteidigung. Resilienz von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft.

Deshalb denken wir Sicherheit ganzheitlich. Denn Sicherheit ist nicht vollständig, wenn sie nicht für alle gleichermaßen gilt.

Sicherheit bedeutet Schutz. Wir setzen **klare Kante gegen Gewalt an Frauen**, sei es analog oder digital. Wir stärken den Kinderschutz. Wir treiben das **Landeskinderschutzgesetz** voran. Wir nehmen die digitale Lebenswelt von Kindern ernst und setzen uns für klare Regeln **zum Schutz vor Cybermobbing, algorithmischer Überforderung und digitaler Gewalt ein**.

Ein Staat, der Kinder schützt, Frauen vor Gewalt schützt und Demokratie stärkt, gibt Sicherheit. Und genau darum geht es. Wir stehen aufrecht – gerade in Zeiten, in denen gesellschaftliche Errungenschaften in Frage gestellt und Minderheiten auf Grund ihrer Herkunft, ihrer Religion oder ihrer sexuellen Identität wieder vermehrt angegriffen werden.

Wir stärken die Polizei und den Rechtsstaat. Das **Waffen- und Messerverbot im ÖPNV** ist seit dem 1. April 2026 in Kraft. Es ist ein klares Signal: Menschen sollen sich im Alltag sicher fühlen können. Mit der **Novellierung des NPOG, der Stärkung des Einsatzes von Drohnen und deren Abwehr** und des **Disziplinargesetzes** modernisieren wir Polizeiarbeit, stärken den Schutz vor Extremismus und sorgen dafür, dass Verfassungsfeinde schneller aus dem Dienst entfernt werden können. Wir sind derzeit das einzige Land, das über ein **hybrides Lagebild** verfügt.

Wir **modernisieren den Verfassungsschutz**. Wir bauen mit der **Zentralstelle Cybercrime** schlagkräftige Strukturen gegen digitale Kriminalität auf. Wir stärken die Justiz, unter anderem durch **die flächendeckende elektronische Akte**.

Wir investieren in den **Katastrophenschutz**: in mobile Hochwasserschutzsysteme, Sandsackfüllmaschinen, Tankanlagen, Einsatzfahrzeuge und moderne Strukturen. Denn Starkregen, Hochwasser, Hitze und Krisenlagen sind keine theoretischen Szenarien. Sie betreffen Menschen ganz konkret.

Auch **Küsten- und Hochwasserschutz**, der **Masterplan Wasser** und die Änderungen im **Wassergesetz** gehören dazu. Niedersachsen ist Küstenland, Agrarland, Industrieland.

Wasser kann Bedrohung sein und Mangelware zugleich. Deshalb brauchen wir vorausschauendes Wassermanagement, Speicher, Schutz und klare Verfahren.

Sicherheit von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft ist eine Daueraufgabe. Im **Sicherheitspolitischen Dialog** bringen wir deswegen Bund, Bundeswehr, Wirtschaft, Gewerkschaften, Kommunen, Katastrophenschutz, Forschung und Gesundheitswesen zusammen. Es geht um klare Zuständigkeiten, ein gemeinsames Lageverständnis und eine bessere Verzahnung über Ressorts und Ebenen hinweg.

Das ist staatstragend im besten Sinne: nicht warten, bis die Krise da ist, sondern vorher klären, wie wir handeln.

Dazu gehört auch die **Zusammenarbeit mit der Bundeswehr**. Niedersachsen ist Bundeswehrland. Und Niedersachsen trägt Verantwortung dafür, dass zivile Verteidigung, kritische Infrastruktur, Wirtschaft und staatliche Strukturen zusammen gedacht werden.

Und dazu gehört der vor drei Jahren begonnene Aufbau eines niedersächsischen **Rüstungsclusters**. Wir fördern damit die Vernetzung von Zulieferern, Enablern, Start-ups, Forschung, Bundeswehr und Politik. Es geht um Sicherheits- und Verteidigungstechnologien, um Innovation, um industrielle Fähigkeiten und um Resilienz.

Das ist keine Abkehr von unserer zivilen Verantwortung. Es ist die Anerkennung der Lage. Ein Staat, der Frieden will, muss verteidigungsfähig sein. Eine Gesellschaft, die frei bleiben will, muss widerstandsfähig sein.

Ein moderner Staat muss funktionieren

Meine Damen und Herren,

Sicherheit entsteht auch dadurch, dass der Staat funktioniert.

Ein moderner Staat muss schnell, einfach und verlässlich sein. Für Bürgerinnen und Bürger. Für Unternehmen. Für Kommunen. Für Vereine. Für Beschäftigte in der Verwaltung selbst. Denn ein komplizierter Staat wird oftmals als ungerechter Staat empfunden.

Genau das erleben Menschen: zu viele Formulare, zu lange Verfahren, zu viel doppelte Dokumentation, zu wenig digitale Abläufe.

Das kostet Zeit. Das kostet Geld. Und es kostet Vertrauen.

Deshalb bleibt unser Leitmotiv: **einfacher, schneller, günstiger**.

Wir treiben Bürokratieabbau konsequent voran. Mit dem **Dokumentationsmoratorium** überprüfen wir Berichts-, Dokumentations-, Nachweis- und Evaluationspflichten und bauen sie weitgehend ab. Neue Pflichten soll es künftig nur noch ausnahmsweise geben. Der Kabinettsbeschluss vom 27. April 2026 schafft dafür die Grundlage. Pflichten, die nicht zwingend erforderlich sind, sollen spätestens ab Ende 2026 entfallen.

Wir arbeiten außerdem in einem strukturierten Prozess auf Staatssekretärebene gemeinsam mit den Kommunalen Spitzenverbänden an den **zahlreichen Entlastungsvorschlägen** und werden die gefundenen Ergebnisse in den kommenden Monaten kontinuierlich gemeinsam - auch gesetzlich - umsetzen.

Das alles hilft Betrieben, Kitas, Vereinen, Kommunen und Verwaltungen. Und es ist ein Kulturwandel: weniger Misstrauen, mehr Verantwortung. Weniger Papier, mehr Wirkung.

Wer Verfahren wirklich beschleunigen will, muss Bund, Länder und Kommunen zusammenbringen. Deshalb arbeiten wir auch gemeinsam mit dem Bund und den anderen Ländern an der **föderalen Modernisierungsagenda** aktiv mit. Und das liegt sicherlich auch daran, dass dieser Weg noch nie so konsequent von Bund, Ländern und Kommunen beschritten worden ist wie heute.

Ein Staat, der schneller entscheidet, wird als gerechter erlebt. Ein Staat, der verständlich handelt, wird als verlässlicher erlebt. Und ein Staat, der Ergebnisse liefert, gibt Sicherheit. Ich behaupte, soweit wie heute waren wir beim Abbau von unnötiger Bürokratie noch nie.

Ein moderner Staat ist ein digitaler Staat. Unseren **Digitalisierungsprozess haben wir seit September 2025 deutlich beschleunigt** und intensiviert. Die neue Abteilung im Innenministerium, der neue CIO und die Digitalisierungsstaatssekretärin unterstützen die Kommunen tatkräftig beim Onlinestellen von Verwaltungsdienstleistungen, sie forcieren die Nutzung von KI und Low Code und sie erhöhen die IT-Sicherheit mit einem modernen Cyberabwehrsystem. Ziel ist eine möglichst vollständige Digitalisierung und gerne auch die Modernisierung von Abläufen.

Saubere Energie bedeutet sichere Versorgung

Meine Damen und Herren,

Energiepolitik ist heute Sicherheitspolitik. Sie ist Wirtschaftspolitik. Und sie ist Sozialpolitik. Und sie ist zugleich eine Frage der Gerechtigkeit – weil Energie darüber entscheidet, wer sich den Alltag noch leisten kann.

Denn Energie muss verfügbar sein. Sie muss unabhängig sein. Sie muss bezahlbar sein. Und sie muss Schritt für Schritt sauberer werden.

Niedersachsen trägt schon heute entscheidend dazu bei, die Energieversorgung Deutschlands zu sichern. Mit **Windenergie** an Land und auf See. Mit **Photovoltaik**. Mit **Importinfrastruktur**. Mit **Speichern**. Mit **Netzen**. Mit **Wasserstofftechnologien**. Mit **Häfen**. Mit Flächen. Mit Know-how.

Beim Ausbau der erneuerbaren Energien kommen wir voran. 2025 wurden 203 Windenergieanlagen mit 1.110 Megawatt zugebaut. Genehmigt wurden 807 Anlagen mit 5.178 Megawatt. Die Genehmigungszeit liegt bei 10,6 Monaten und damit deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 18,7 Monaten. Die PV-Leistung liegt bei rund 10.700 Megawatt.

Das zeigt: Wenn wir Verfahren beschleunigen, Beteiligung ernst nehmen und klare Ziele setzen, dann kommt dieses Land voran.

Aber es bleibt viel zu tun. Wir müssen Netze und Speicher ausbauen. Wir müssen Wasserstoff und Green-Gas-Infrastruktur voranbringen. Wir müssen kommunale Wärmeplanung ermöglichen. Und wir sorgen dafür, dass Bürgerinnen und Bürger, Kommunen und Unternehmen vom Ausbau der erneuerbaren Energien profitieren.

Sicherheit geben, Zukunft bauen

Meine Damen und Herren,

am Anfang stand die Frage: Leben Sie gerne in Deutschland, in Niedersachsen?

Ich beantworte diese Frage mit einem leidenschaftlichen: Ja.

Nicht, weil alles einfach ist. Sondern weil ich sehe, was dieses Land alles kann.

Ich sehe Beschäftigte, die jeden Tag anpacken. Ich sehe Unternehmen, die investieren wollen. Ich sehe Kommunen, die Verantwortung tragen. Ich sehe Vereine, Feuerwehren und Ehrenamtliche, die Zusammenhalt leben. Ich sehe Schulen, Kitas, Hochschulen, Polizei, Justiz, Pflege, Krankenhäuser und Verwaltungen, in denen Menschen ihr Bestes geben. Ich sehe junge Menschen, die Ideen haben. Und ich sehe ein Land, das sich nicht wegduckt.

Natürlich stehen wir vor großen Aufgaben. Wir müssen zugleich Krisen bewältigen und Zukunft bauen. Wir müssen ein Haus wetterfest machen, während der Sturm schon da ist.

Dafür braucht es Menschen, die nicht nur Pläne zeichnen. Es braucht Menschen, die anpacken. Die Entscheidungen treffen. Die Fundamente verstärken. Die den Betrieb am Laufen halten. Und die trotzdem den Blick nach vorne richten.

Genau das ist unser Anspruch als Landesregierung.

Niedersachsen ist stark, weil es zusammenhält. Niedersachsen ist stabil, weil es arbeitet. Niedersachsen ist zukunftsfähig, weil es sich verändert. Und Niedersachsen bleibt gerecht, weil wir Sicherheit für alle geben – nicht nur für manche. Dafür stehen nicht zuletzt die demokratischen Kräfte hier im Landtag, die an allen entscheidenden Stellen gut und konstruktiv zusammenarbeiten.

Niedersachsen sicher und gerecht in die Zukunft steuern. Das ist unser Auftrag.

Daran arbeiten wir als Landesregierung. Mit Zuversicht. Mit Klarheit. Und mit Verantwortung für dieses Land.